

SVP fordert Obergrenzen an Schulen für fremdsprachige Schüler



Redaktion

Zürich, 24.01.2026 - 20:04

Die SVP will die Volksschule umbauen. An ihrer Delegiertenversammlung in Näfels beschloss sie ein Forderungspaket mit Obergrenzen für fremdsprachige Kinder.



Die SVP fordert national Obergrenzen für fremdsprachige Kinder. - keystone

Das Wichtigste in Kürze

- Die SVP legt ein Bildungspapier mit nationalem Anspruch vor.
- Gefordert werden Obergrenzen für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler.
- Lehrerverband und Fachleute äussern Vorbehalte zur Umsetzbarkeit.

Unter dem Traktandum «Brennpunkt Schule» haben die Delegierten der SVP Schweiz am Samstag in Näfels getagt.

Dabei verabschiedeten sie ein umfassendes Positionspapier zur Bildungspolitik.

Darin spricht die Partei von einer tiefen Krise der Volksschule. Verantwortlich seien ideologische Experimente. Aber auch realitätsferne Anforderungen und die Zuwanderung.

SVP fordert Obergrenze für fremdsprachige Kinder

Zentral ist die Forderung nach einer Obergrenze für fremdsprachige Kinder in Schulklassen. Gegenüber Keystone-SDA äusserte sich der Zürcher [Nationalrat](#) Benjamin Fischer: «Ab einem Anteil von 20 Prozent werde der Unterricht schwierig, ab 30 Prozent fast unmöglich.»

Kinder müssten vor dem Schuleintritt [die Unterrichtssprache](#) beherrschen.



Der Zürcher SVP-Nationalrat Benjamin Fischer hat das nationale Bildungsdossier für die Partei übernommen. - keystone

Vorgesehen sind Sprachtests sowie Vorbereitungsklassen. Eltern sollen stärker in die Pflicht genommen werden.

Bei mangelnder Kooperation bringt die SVP Sanktionen bis hin zum Entzug der Aufenthaltserlaubnis ins Spiel.

Als gescheitert bezeichnet die Partei zudem den integrativen Unterricht. Dieser solle wieder durch Sonderklassen ersetzt werden.

Frühfremdsprachen sollen reduziert werden

Ebenfalls fordert die SVP ein flächendeckendes Handyverbot an Schulen. Zudem soll man sich auf klassische Inhalte wie Rechnen, Werken, Handarbeit und Turnen rückbesinnen.

Frühfremdsprachen sollen reduziert werden, eine zweite Fremdsprache in der Primarschule will die SVP streichen.



Die SVP hat ein umfassendes Positionspapier zur Bildungspolitik verabschiedet. – keystone

Neu ist der ausgeprägte nationale Anspruch der Partei in der Bildungspolitik. Das Positionspapier soll den Kantonen als Grundlage dienen, um koordinierte Vorstösse einzureichen. Der Bund soll dabei keine Rolle spielen, der Föderalismus habe Vorrang.

Wie der «Tages-Anzeiger» berichtet, ist die SVP mit ihren Forderungen nicht allein. Auch die FDP fordert Anpassungen bei Frühfremdsprachen und integrativem Unterricht. In mehreren Kantonen wurden entsprechende Vorstösse eingereicht, teils mit Erfolg.

Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz äussert Kritik

Kritik kommt vom Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz. Präsidentin Dagmar Rösler begrüsst zwar die politische Auseinandersetzung mit Bildung, warnt jedoch vor zu starken Eingriffen.

Fachleute zweifeln insbesondere an der Umsetzbarkeit fixer Obergrenzen für Kinder mit Migrationshintergrund. Positiv bewertet wird hingegen frühe Sprachförderung, die allerdings mit zusätzlichen Kosten verbunden sei.

Die SVP will ihr Forderungspaket nun mit Vorstössen in den Kantonen weiterverfolgen. Am Nachmittag der Delegiertenversammlung fassen die Delegierten zudem die Parolen für die Abstimmungen vom 8. März.